

# Überbecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überbecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich .00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgelassene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 298.

Donnerstag, den 20. Dezember 1917.

24. Jahrg.

## Volk und Friedensschluß.

„Du Deine endgültige Entscheidung für den Frieden oder für die Fortsetzung des Krieges trifft — die letztere würde von weitreichenden Folgen sein, die in ihrem Ergebnisse schwer vorauszusehen sind und unzählige Menschenleben, Blut und Geld kosten — wäre es, wie mir scheint, ein ausgezeichnetes Verfahren, wenn Du diese Frage erst der Großen Duma vorlegen würdest. Da diese das russische Volk vertritt, wäre ihre Antwort die Stimme Russlands. Wenn sie sich für den Frieden entscheidet, so bist Du durch das Volk ermächtigt, auf Grund der Deinen Delegierten in Washington unterbreiteten Vorschläge, Frieden zu schließen. . . . Niemand in Deiner Armee, in Deinem Lande oder der übrigen Welt hätte ein Recht, Dich für diese Handlung zu tadeln. . . . Ich würde an Deiner Stelle nicht diese erste und günstige Gelegenheit vorbeigehen lassen, mit dem Empfinden und Willen Deines Landes in bezug auf Krieg und Frieden enge Fühlung zu gewinnen, indem Du dem russischen Volke die langgewünschte Möglichkeit gibst die Entscheidung über seine Zukunft selbst zu treffen oder an dieser Entscheidung teilzunehmen, wozu es ein positives Recht hat. . . . Die Entscheidungen, die zu treffen sind, sind in ihren Folgen so furchtbar ernst und so weitreichend, daß es ganz unmöglich für irgend einen sterblichen Herrscher ist, die Verantwortung dafür auf seine eigenen Schultern zu nehmen, ohne die Hilfe und den Rat seines Volkes!“

So hieß es in der Depesche Wilhelms II. vom 20. August 1905 an den russischen Zaren, welche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ jüngst im September veröffentlicht hat. Nach der deutschen Reichsverfassung ist der Friedensschluß Sache des Kaisers. Trotzdem unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß Wilhelm II., gemäß der Einsicht, die er bereits im Jahre 1905 besaß, keinen Frieden schließen oder verwerfen wird, ohne sich der Zustimmung des Volkes zu seiner Entscheidung zu vergewissern.

Die Vorbereitungen für den Friedensschluß mit Rußland sind nunmehr im vollen Gange. Der Reichszanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen sind zunächst nach dem großen Hauptquartier gefahren, um sich dort noch einmal mit den Führern des Heeres über die Grundlagen des Friedens in Übereinstimmung zu bringen. Wenn sie am Donnerstag nach Berlin zurückkehren, werden sie die Führer aller Parteien ohne jede Ausnahme bei sich sehen und ihnen darlegen, in welchem Sinne sie die Verhandlungen fortzuführen gedenken. Je nach dem Inhalt dieser Mitteilungen werden sich dann die Parteiführer wohl darüber schlüssig werden, den Hauptauschuss und die Vollversammlung des Reichstages sofort oder später einzuberufen. Insofern sind die Dinge ordnungsmäßig im Gange.

Es wäre eine große Ueberraschung für die deutsche Sozialdemokratie und wohl für die ganze Welt, wenn Reichstagsmehrheit und deutsche Regierung sich nicht unzweideutig auf den Standpunkt stellen würden, das Schicksal der durch den Krieg in deutsche Gewalt geratenen Länder im Osten der freien Entscheidung ihrer eigenen Bewohner zu überlassen. Uns kann es letzten Endes ziemlich gleichgültig sein, ob Polen sich als Glied in die künstliche russische Föderativrepublik einfügen, ob es sich unter das Zepher der Habsburger stellen oder gänzlich unabhängig bleiben will. Ebenso gewiß scheint eine ganz übermäßige Mehrheit dafür gestimmt zu sein, daß Kurland und Litauen in ehrlicher freier Selbstentscheidung des ganzen Volkes über ihr eigenes Schicksal selbst bestimmen. In der Tat sind die verhandelten Lösungen, selbst wenn man nur das enge deutsche Eigeninteresse als Maßstab anlegt, für Deutschland sämtlich gleich vorteilhaft und gleich unbedeutend; Kurland und Litauen, so niedrig oder so hoch man ihren Wert schätzen mag, können jedenfalls nicht die Freundschaft Rußlands für lange Zeit aufwiegen oder gar die Fortsetzung des Krieges rechtfertigen.

Neben der allgemeinen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes sind in Polen, Kurland und Litauen deutsche Wirtschaftsinteressen wahrzunehmen: es ist zum Beispiel wünschenswert, die Möglichkeit zu sichern, daß deutsche Anlieger, welche dies wünschen, in Kurland Land erhalten können. Aber es müßte sehr merkwürdig zusehen, wenn über diese Wirtschaftsfragen nicht ohne Mühe eine „positive“ befriedigende Verständigung zu finden wäre. Insofern dürfte der Reichszanzler den Parteiführern schwerlich neue Geheimnisse anzuvertrauen haben und auch eine Ausdrucksweise im Hauptauschuss kaum viel an den gegebenen Richtlinien ändern. Aber die Sozialdemokratie ist keine Parlamentspartei, sondern eine Volkspartei; ihr Ziel sind nicht Privilegien der Abgeordneten, sondern Volksrechte. Ueber des ganzen Volkes Schicksal entscheidet der Friedensschluß, das ganze Volk muß an ihm mitwirken können.

Nun war während der Waffenstillstandsverhandlungen die Freiheit der Presse außerordentlich beschränkt. Denn der Waffenstillstand ist eine militärische Angelegenheit, und seine Behandlung unterlag infolgedessen den Einschränkungen, die während des Krieges für die öffentliche Erörterung militärischer Fragen bestehen. Friedensschluß aber ist keine militärische, sondern eine politische Sache, und da bekanntlich eine politische Zensur in Deutschland nicht mehr bestehen soll, muß die volle Freiheit der Erörterung der Friedens-

frage alsbald hergestellt werden. Wir denken dabei noch weniger an das Recht der Zeitungen, Vorschläge für die Bestimmungen des Friedensvertrages zu machen und Kritik an der Haltung der Unterhändler zu üben, als vielmehr an die Freiheit des Nachrichtendienstes. Die gegenwärtige russische Regierung hat bereits angekündigt, daß sie über die Verhandlungen fortlaufend öffentlich berichten werde. Diese Berichte müssen der deutschen Presse ohne Verzögerung und Einschränkung genau so gut zur Veröffentlichung freistehen, wie die feindlichen Heeresberichte während des ganzen Krieges veröffentlicht werden konnten. Darin allein bestand die größere Freiheit in Deutschland während des Krieges als in Frankreich; denn nur dadurch wurde das deutsche Volk in stand gesetzt, sich jederzeit ein ruhiges und objektives Urteil über die wirkliche Kriegslage zu bilden.

Werden die feindlichen Friedensberichte freigegeben, dann muß in ihrem eigenen Interesse auch die deutsche Regierung das Volk dauernd auf dem Laufenden halten. Dann haben wir statt der Geheimdiplomatie einen Friedensschluß unter wirklicher Anteilnahme der Völker. Jede Zensuraufsicht zum mindesten über die amtlichen Berichte der beiden unterhandelnden Länder muß fallen. Das ist das Mindestmaß an demokratischen Garantien, das wir für die Dauer der Friedensverhandlungen fordern. Die Erfüllung dieses Verlangens ist unendlich viel wichtiger, als die gelegentliche Heranziehung einzelner Parteiführer zu vertraulichen Besprechungen. Die Möglichkeit ehrlicher Information des ganzen Volkes allein ist Demokratie und kann den demokratischen Frieden bringen.

## Zu den Friedensverhandlungen.

An den Friedensverhandlungen in Brest Litowsk nehmen auf deutscher Seite u. a. noch der frühere Staatssekretär des Innern Dr. Clemens Delbrück und vom Auswärtigen Amte zur Unterstützung des Staatssekretärs von Kühlmann die Geheimräte Rosenbergs, v. Stockhammer, Simons und Schüler teil, ebenfalls Dr. Helfferich.

Reuter meldet aus Petersburg vom 17. Dezember: Staatssekretär Kühlmann und Graf Czernin luden Trotski ein, sich ebenfalls in Brest Litowsk einzufinden. Graf Czernin erklärte, daß man dort über den Ort einer allgemeinen europäischen Konferenz beraten könne.

Nach der „Kreuzzeitung“ ist man von polnischer Seite an die Regierungen in Berlin und Wien mit dem Ersuchen herangetreten, auch Vertreter des polnischen Volkes an den Friedensverhandlungen teilnehmen zu lassen. Eine Entscheidung über das Ansuchen ist bisher nicht erfolgt.

Holländische Stimmen zum Abschluß des Waffenstillstandes. „Algemeen Handelsblad“ schreibt über den Waffenstillstand: Wenn Deutschland und Oesterreich-Ungarn bei den Verhandlungen mit Rußland eine weiße Möglichkeit an den Tag legen, kann die Friedensmöglichkeit nicht länger geleugnet werden. Unter den jetzigen Umständen wären Friedensverhandlungen, die auf die Errichtung eines Völkerbundes, Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit im Sinne des Briefes Lansdownes abzielten, besser als die Knokout-Reden Lloyd Georges. Jetzt ist die Zeit gekommen, um den Völkerbund zu begründen.

Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: Der ganze Vertrag ist von einem Geiste befeelt, aus dem hervorgeht, daß auf beiden Seiten der Wunsch, möglichst rasch zum Frieden zu gelangen, vorhanden ist. Es sind in dem Vertrage Bestimmungen enthalten, die geeignet sind, den Wiederbeginn eines Kampfes für später unmöglich zu machen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden die Friedensverhandlungen gelingen.

Die Friedensfrage im österreichischen Abgeordnetenhaus. In der fortgesetzten Verhandlung der dringlichen Anfragen betr. die Friedensverhandlungen gab Ministerpräsident Seidler im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußern eine Erklärung ab, in der er gegenüber der Aneuerung des Tschechen Standes, wonach dem Minister des Aeußern die Friedensverhandlungen ein aus verschiedenen Nationalitäten Oesterreich-Ungarns zusammengesetzter Beirat beigegeben werde, feststellt, daß nach den verfassungsrechtlichen Einrichtungen die Vertretung bei den Friedensverhandlungen dem Minister des Aeußern obliegt, der im Rahmen seiner Verantwortlichkeit und im Einvernehmen mit dem verantwortlichen Ministerpräsidenten beider Staaten der Monarchie diese Verhandlungen zu führen hat. Es würde dem Geiste der Verfassung aller konstitutionellen Staaten widersprechen, wenn die Regierung bei der Führung dieser Verhandlungen durch solche Beiräte kontrolliert würde. Dieser Anregung kann somit nicht näher getreten werden. Selbstverständlich ist jedoch, daß etwa abgeschlossene internationale Abmachungen, insofern sie nach der Verfassung der Genehmigung durch die gesetzgebenden Körperschaften bedürfen, diesen zeitgerecht werden vorgelegt werden. Bei den Friedensverhandlungen werden selbstredend auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland eine Regelung erfahren. Die bevollmächtigten Vertreter Oesterreich-Ungarns werden bemüht sein, solche Abmachungen zu erzielen, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen Oesterreich-Ungarns voll und ganz gerecht werden. Die Befürchtung der Fiebererregung durch andere Mittelmächte liegt selbstverständlich außerhalb des Kreises aller Erwägungen.

In Beantwortung der Anfrage des Genossen Dr. Abler weist der Ministerpräsident auf das Exposé des Ministers des Aeußern hin, daß die Regierung im Sinne der früheren Erklärungen bei den Friedensverhandlungen mit

Rußland von dem Grundsatz ausgehen wird, daß wir einen Frieden ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen mit Rußland zu schließen wünschen. Hinsichtlich der Grundsätze, nach welchen der Friede mit den übrigen feindlichen Staaten geschlossen werden soll, erklärte der Minister des Aeußern, daß unser Streben darauf gerichtet ist, auf der gedachten Grundlage einen allgemeinen Frieden zu schließen, daß er aber nicht in der Lage sei, gegenüber solchen Feinden, die auch weiterhin auf der Fortsetzung des Krieges beharren sollten, diese selbstlosen Kriegsziele für alle Zukunft einseitig festzulegen. (Lebhafte Beifall und Handklatschen. Der Ministerpräsident wird beglückwünscht.)

Das Abgeordnetenhaus beendete die Verhandlungen der dringlichen Anfragen, betreffend die Friedensverhandlungen. Die Abgeordneten Wolff und Langenhan bekämpften die sozialdemokratisch tschechisch-ukrainischen Forderungen, wobei sie hauptsächlich das Verhalten der Tschechen während des Krieges kritisierten. — Der Christlich-Soziale Hausler betonte die Uebereinstimmung der Deutschen mit dem Programm des Grafen Czernin. Der Tscheche Klossack sprach einer Demokratie, welche den Weltkrieg nicht verhinderte, die Fähigkeit ab, Friedensverhandlungen zu führen. — Abgeordneter Seih (SD.) erklärte: Die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die Regierung bereit sei, einen Frieden auf der Basis „ohne Annexionen und Entschädigungen“ mit Rußland zu schließen, könne vollauf genügen. Mit dem zweiten Teile der Antwort sei Redner nicht einverstanden.

## Rußland vor dem Bürgerkrieg.

Ein Ultimatum der Maximalisten.

Zwischen dem Norden Rußlands mit seiner während des letzten Jahre rapide wachsenden Industrie und dem agrarischen Süden ist es zu einem ernsten Konflikt gekommen, dessen glückliche Beilegung im Interesse Rußlands nur gewünscht werden kann. Während im Norden die Maximalisten gegenwärtig dominieren, scheint der Süden und insbesondere die Ukraine im Bunde mit den Kosaken zu stehen. Die maximalistische Regierung hat sich nun mit einem in der Form eines Aufrufes gefaßten Ultimatum an die Leitung der Ukraine, die Kaba, gewandt und mit Eröffnung der Feindseligkeiten gedroht, wenn die Ukrainer nicht einlenken. Geht dieses Ultimatum nicht ein, dann dürfte es noch zu schweren Kämpfen im eigenen Lande und je nach dem Ausgange derselben um eine schwere Gefährdung der Ertrugenschaften der russischen Revolution kommen. Rußland steht also wieder einmal vor folgenschweren Stunden.

Wir lassen nachstehend die eingegangenen Meldungen folgen:

Nach einer Privatmeldung Reuters aus Petersburg hat die Zentralrada der Ukraine eine Rundgebung an das Volk der Ukraine erlassen, in der sie die demokratische Republik der Ukraine ausruft, welche der russischen Bundesrepublik zugehört soll. Bis die konstituierende Versammlung der Ukraine im Januar zusammentritt, soll die gesamte Regierungsgewalt in den Händen der Kaba und des Generalsekretariats bleiben. Die Kaba erklärt weiter, daß die ukrainische Republik sich aus folgenden Gouvernements zusammensetzen wird: Kiew, Podolien, Wolhynien, Kolutawa, Tschernigow, Tschernomorslaw, Charkow, Cherson und Taurien, ausschließlich der Krim. Auch die Gouvernements Kurland, Estland und Livland sollen zur Ukraine gehören, wenn die Bevölkerung dies selbst beschließt. Die Rundgebung erkennt die Grundsätze der Entleerung ohne Entschädigung für Privatlandereien, Klosterbesitz und gewisse andere Landereien der Kirche an. Sie wird die Interessen der Landarbeiter und der Kosaken wahrnehmen. Die Kosaken beiechten den westlichen Teil des Gouvernements Wolhynien.

Petersburg, 19. Dezember. (Reuter-Nachricht.) Die Ukrainer entwaffnen die Truppen der Maximalisten und vertrieben sie aus dem Gouvernement Kiew und der Stadt Komedon (?).

Nach den letzten Berichten aus Odessa besetzten ukrainische Truppen das Arsenal, die Telegraphen- und Telephonämter. Auch das Stadttheater ist im Besitze der Ukrainer. Die Bolschewiki beherrschen noch den Hafen.

London, 19. Dezember. Der Petersburger Korrespondent der "Daily News" meldet, daß die Ukraine sich Kaledin angeschlossen hat und sich mit Sibirien und dem Kaukasus zu verbünden trachtet.

### Die Ukraine gegen die Maximalisten.

Amsterdam, 19. Dezember. Reuter meldet aus Petersburg vom 18. Dezember: Der Bürgerkrieg breitet sich längs der Wolga nach Norden und von Astrachan bis Samara aus. Astrachan ist im Besitze der Bolschewiki. Es wird aber gemeldet, daß jetzt nur noch mehr 20 Kilometer von der Stadt entfernt waren. Wahrscheinlich begann der Kampf bereits. Die Bolschewiki verfügen über zahlreiche Maschinengewehre, haben aber fast keine Geschütze, während die Kosaken leichte Feldgeschütze haben. In Jarzyn beherrschen weder Bolschewiki noch Kosaken die Lage. Beide wurden durch Mitadors Anhänger geschlagen. Von Drenburg rückt der Kosakenführer Bortow gegen Samara vor.

Petersburg, 17. Dezember. (Nachricht der Petersburger Telegraphenagentur.) Im Interesse der Einheit und Brüderlichkeit der im Kampfe für den Sozialismus bedrückten und ausgebeuteten Massen der Arbeiter und angeführten der Anerkennung dieser Grundzüge durch viele Entschuldigungen der revolutionären Bestrebungen der Demokratie und der Sowjets, besonders des ersten Kongresses der Sowjets aus ganz Rußland, und der sozialistischen Regierung Rußlands, bestätigt der Sowjet der Volksbeauftragten das Recht aller durch die Zarenherrschaft und das Bürgertum unterdrückten Völker des großen Rußland auf freie Entwicklung, einschließlich ihr Recht, sich von Rußland zu trennen. Daher erkennt der Rat der Volksbeauftragten die Republik des ukrainischen Volkes an, sowie ihr Recht auf die vollständige Trennung von Rußland und auf den Beginn von Verhandlungen mit der russischen Republik über ihre gegenseitigen Beziehungen, setzen es folge eines Bündnisses oder andersartiger. Die nationale Rechte und die Unabhängigkeit des ukrainischen Volkes werden von dem Rat der Volksbeauftragten ohne Einschränkung und bedingungslos anerkannt. Die Rada der Ukraine nahm sich heraus, Truppen der Sowjets, die in der Ukraine standen, zu entwaffnen. Unterstützt die Rada die Verschwörung gegen die Regierung der Sowjets, indem sie sich auf die Abgrenzung der ukrainischen Selbstständigkeitsrechte des Don- und Kubangebietes beruft und so die revolutionsfeindliche Erhebung Kaledins deckt, indem sie sich den Interessen und der Aufforderung der ungeheuren Mehrheit der bedrückten Kosaken widersetzt, öffnet die Rada den Tschernyschewitschen Berrats an der Revolution schließt und sich anschließt, die schlimmsten Feinde sowohl der Unabhängigkeit der Völker Rußlands, als der Regierung der Sowjets und die Feinde der arbeitenden und ausgebeuteten Massen, die Kadetten und Anhänger Kaledins zu unterstützen, so würde die Rada aus zwingender, ohne Zögern den Krieg zu erklären, selbst dann, wenn die ukrainische unabhängige bürgerliche Republik bereits von der Vertretung der obersten Staatsgewalt formell anerkannt wäre.

Kammer legt der Rat der Volksbeauftragten angeführten aller oben angeführten Umstände der Völkern der Ukraine und der russischen Republik folgende Fragen vor: 1. Wird die Rada sich verpflichten, auf jeden Versuch, die Front aufzulösen, zu verzichten? 2. Wird die Rada sich verpflichten, ohne jede Zustimmung des Chefs der Obersten Heeresleitung keine Truppenzüge durchzuführen zu lassen, die in der Richtung auf den Don, nach dem Ural oder nach andern Orten marschieren? 3. Wird die Rada sich verpflichten, jeden Versuch, Regimenter der Sowjets und der Roten Garde in der Ukraine zu entwaffnen, einzuschließen und wird sie diesen die weggenommenen Waffen sofort zurückzugeben? Falls nicht binnen 48 Stunden eine zufriedenstellende Antwort gegeben sein sollte, wird der Rat der Volksbeauftragten die Rada als im Zustande offenen Krieges gegen die Macht der Sowjets in Rußland und der Ukraine befürchtlich ansehen.

Der Rat der Beauftragten des Volkes.

## Die Kriegslage.

Berlin, 19. Dezember, abends. (Schl.) Vor den Kriegsausplätzen nichts Neues.

Wien, 19. Dezember. (Schl.) Österreichischer Kriegsausplatz. Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsausplatz. Ostlich der Brenna haben die Truppen der I. u. I. J. Infanteriedivision und das I. u. I. Infanterieregiment Nr. 7 unter erfolgreicher Mitwirkung der Artillerie trotz der ungünstigen Witterung die feindlichen Stellungen bei Mt. di Sopra sowie den Monte Polone geklärt. Bei der Abwehr der feindlichen Gegenangriffe wurde der Erfolg auf dem Monte Polone noch erweitert. 48 Offiziere und 3600 Mann wurden gefangen eingeschickt. Ostlich des Monte Polone wirken deutsche Truppen verstärkt feindliche Angriffe ab.

## Rußland.

Polnische Emigranten wollen nach Polen zurückkehren. Wie in Stockholm polnischen Kreisen verlautet, beabsichtigt derzeit eine große Zahl polnischer Emigranten, aus Rußland und Schweden ins Königreich Polen zurückzukehren. Es handelt sich hauptsächlich um bemittelte Personen, wie Kaufleute und Grundbesitzer.

### Die russische Nationalversammlung.

Die russische Konstituante wird voraussichtlich noch Wochenlang erspähet werden. Die rechtsstehenden Parteien treten wahrscheinlich vollständig zusammen. Auch die Linke mit der Sowjet-Organisation bildet vielleicht einen Konzern. Auch eine Auflösung der Konstituante ist möglich. Die Petersburger Gewerkschaften und der Arbeiterrat wollen die Macht nicht der Konstituante übertragen. Das bloßbezügliche Parlament wird nicht

die in den Landbezirken herrschende Situation über die Konstituante. Die Lage ist kompliziert. Bisher sind nur wenige Kadetten-Deputierte verhaftet.

### Ein Fünf-Männer-Rat in Petersburg.

Das Volkskommissariat beschloß, zur Erledigung politischer Fragen einen Fünf-Männer-Rat zusammenzusetzen, der aus Lenin, Trotzky, Dybenko, Menschinski und Podwojski bestehen soll. Die Regierung beabsichtigt, 4 Milliarden Rubel zu emittieren. Auf Kerenki wird in Petersburg Jagd gemacht. Man verspricht höchste Geldprämien für seine Verhaftung. Nach einer Agentur-Nachricht versammelten sich die Matrosen der Ostseeflotten-U-Boote und verlangten die Verhaftung des ehemaligen Zaren mit seiner Familie auf Befehl des Revolutionskomitees nach Kronstadt.

### Wie die Bolschewiki regieren.

Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat hat über die Requirierung warmer Sachen für die Soldaten an der Front folgende Verfügung getroffen:

1. In Petersburg sind in jeder reichen Wohnung je eine warme Decke und ein warmes Kleidungsstück beschlagnahmt. Alle zu liefernden Sachen müssen sich in gutem Zustande befinden. Wer unbrauchbare Sachen liefert, hat eine Geldbuße bis zu 500 Rubel zu gewärtigen.
2. Als reiche Wohnung gilt jede einzelne Wohngelegenheit, für die 2400 oder mehr Rubel Miete gezahlt werden.
3. Zweck Kontrolle der eingehenden Sachen sind die Inhaber reicher Wohnungen verpflichtet, sofort, spätestens bis zum 12. Dezember, unter Androhung einer Strafe von 500 Rubel, eine Erklärung über die von ihnen für die Front zu liefernden warmen Sachen in zwei Ausfertigungen abzugeben. Mit der Requirierung dieser Winterfachen werden die Wohnungs-Komitees beauftragt.

Die russische bürgerliche Presse ist über diesen Erlaß der Bolschewiki sehr entrüstet, obwohl dazu wohl kaum ein Grund vorliegt.

### Die estländischen Kleinbauern für die Bolschewiki.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Am 18. Dezember fand die Eröffnung der Konferenz der Bauern statt, die wenig oder keinen Landbesitz in Estland haben. 150 Abgeordnete sind eingetroffen; die politische Stellungnahme ist ausgesprochen bolschewikisüchtig.

## England.

### Die Fliegerangriffe auf London.

Aus London wird amtlich gemeldet: Feindliche Flugzeuge überflogen die Küste von Kent und Essex 6.15 Uhr nachmittags und näherten sich London. Einige Flieger erreichten den Bezirk London und warfen Bomben ab. Ebenfalls warfen sie Bomben über Kent und Essex. Meldungen über Menschenverluste und Sachschäden sind noch nicht eingegangen. Unsere Abwehrgeschütze und ebenso Flugzeuge trafen in Tätigkeit.

Aus den letzten Berichten geht hervor, daß 16 bis 20 feindliche Flugzeuge an dem Einflogriff der letzten Nacht teilgenommen haben. Drei Gruppen von Flugzeugen überflogen die Küste von Kent zwischen 6.15 Uhr und 6.25 Uhr, drei andere Gruppen kamen zwischen 6.10 und 6.45 Uhr über die Küste von Essex. Alle sechs Gruppen flogen nach London. Die meisten Flugzeuge wurden durch Geschütze an verschiedenen Orten zur Rückkehr gezwungen; nur etwa fünf Maschinen erreichten zwischen 7 und 8 Uhr die Hauptstadt und warfen dort Bomben ab. Nachdem der Hauptangriff auf London aufgehört hatte, flog um etwa 9 Uhr noch ein einzelnes Flugzeug über die Hauptstadt.

### Die Zwangsrationierung in England.

Lord Rhonda erklärte in einer Ansprache an die Lebensmittelkommissionen der Londoner Distrikte, man brauche nicht zu fürchten, daß die Deutschen England aushungern werden. Man werde aber Entbehrungen ertragen müssen. Es sei nicht genug Margarine, Butter und Speck im Lande. Auch an Fleisch herrsche Mangel. Die Weizenvorräte seien wegen der Bedürfnisse Frankreichs und Italiens schlechter als vor zwei Monaten. Man werde wahrscheinlich zur Zwangsrationierung gezwungen werden.

## Italien.

### Aus der italienischen Kammer.

Nach Meldungen aus Chiasso verlief die dritte Geheimitzung der italienischen Kammer noch für mich als die beiden ersten. Verschiedene Zwischenfälle machten lange Unterbrechungen nötig. So warf Orlando einigen Sozialisten und Giollitianern vor, mit französischen Kriegsgegnern Geheimitzungen gehabt zu haben.

Auf den Wunsch eines sozialistischen Abgeordneten hand Orlando auf und erklärte: „In vier Monaten ist Friede.“

Ein Giollitianer rief: „Nein! In zwei Monaten wird man Frieden schließen!“ Orlando: „Ja nicht!“

Die Giollitianer: „Aber wir!“

Nach dem „Messaggero“ werden die Geheimitzungen auch in dieser Woche fortgesetzt werden. Inzwischen macht Orlando durch immer zahlreicher werdende Verhaftungen und Anklageerhebungen gegen die Giollitianer die mächtig im Westen begriffene Friedensbewegung zu unterdrücken. Ein immer freudvoller, Große Campaign, wurde wegen verästelnder Umtriebe in Untersuchung genommen. Der Kammer liegt ferner ein Antrag des Justizministers auf Aufhebung der Immunität einiger sozialistischer Abgeordneter vor.

So geht man Del ins Feuer!

## Der Seetrieg.

### Die Kriegsschiffverluste der Entente.

Durch die Versenkung des französischen Panzerkreuzers „Chateaufort“ liegen die Kriegsschiffverluste der Entente seit Kriegsausbruch nunmehr auf 300 Einheiten mit einer Gesamtverdrängung von 1 000 806 Tonnern. Dabei sind nicht mitgerechnet Hilfskreuzer von denen 51 Fahrzeuge von insgesamt 358 000 Tonnern-Registertonnen, und Hilfskreuzer von

denen 38 mit 146 000 Br.-R.-T., außer Vorpollenthoofen und bewaffneten Fischdampfern vernichtet wurden. Die vorstehenden Zahlen geben nur die einwandfrei von uns festgestellten oder vom Feinde selbst zugestandenen Verluste an. Die tatsächlichen Verluste werden aber nicht unerheblich höher sein, da der Feind an der Verheimlichung von Schiffverlusten durch Minen häufig großes Interesse hatte. An den Verlusten der 300 Kriegsschiffe sind beteiligt: England mit 177 Einheiten von 588 390 Tonnern, Frankreich mit 48 Einheiten von 109 000 Tonnern, Rußland mit 36 Einheiten von 91 540 Tonnern, Italien mit 25 Einheiten von 76 450 Tonnern, Japan mit 8 Einheiten von 26 875 Tonnern, die Vereinigten Staaten, Portugal und Rumänien mit 6 Einheiten von 8551 Tonnern. Die Gesamtverluste der Entente erreichen nunmehr nahezu den Bestand der deutschen Flotte zu Kriegsausbruch. Sie betrug 1 019 417 Tonnern.

### Ueber die Versenkung des Geleitzeuges

durch leichte deutsche Seeestreitkräfte sind nach die folgenden Einzelheiten bekannt geworden:

Auf südlichem Kurs, in der Höhe von Ustjra, etwa 50 Kilometer von Land, kamen am 12. Dezember kurz nach Mittag Rauchwolken an Bord vor aus in Sicht, auf die mit vermehrter Fahrt zugehoben wurde. Beim Näherkommen wurde ein Geleitzeug, bestehend aus sechs Dampfmaschinen verschiedener Größe, vier Bewachungsfahrzeugen und Fischdampfern und zwei Zerstörern neuester Bauart erkannt. Dort der geschickten Führung blieben die Engländer bis zum Eröffnen des Feuers darüber im Unklaren, wen sie vor sich hatten. Bald waren unsere Boote auf 3000 Meter heran und eröffneten auf die gänzlich überraschten Zerstörer das Feuer. Mit hoher Fahrt vorauslaufend, ließen die Engländer ihren Geleitzug im Stich und versuchten zu entkommen. Eines der deutschen U-Boote setzte sich mitten zwischen die Dampfer und Bewachungsfahrzeuge, beschahl den Befehlungen auszuschießen, und begann dann mit der Versenkung. Die drei übrigen folgten dem stehenden Feinde und überhüllten ihn mit Granaten. Fast in jeder Salve wurden Treffer erkannt, obwohl das Abkommen den Geschützführern in dem schweren Gesang und die Munitionsvorsorgung beträchtliche Schwierigkeiten machten. Schon nach zehn Minuten blieb der hintere englische Zerstörer „Partridge“ schwer beschädigt liegen; er hatte anscheinend einen Treffer in die Hauptampferbrücke erhalten. Nach wenigen weiteren Minuten sank er. Leichter entkam der andere Zerstörer, aber nicht ohne erhebliche Beschädigungen erhalten zu haben. Unter außerordentlichen Schwierigkeiten gelang es den „Barbaren“, die Ueberlebenden des gesunkenen Zerstörers zu bergen. Zurückkehrend zum Geleitzuge, bot sich den deutschen Booten ein eigenartiges Bild. In den verschiedensten Stellungen lagen die Dampfer durcheinander. Teilweise waren sie von der Wasseroberfläche verschwunden, teilweise waren sie noch im Begriff, zu sinken. Soweit die Dampferbesatzungen einmündig waren, wurden sie an Bord genommen. Viele im Wasser liegende wurden aufgefischt. Alle waren des Dankes und des Lobes voll über die ihnen zuteil werdende Behandlung.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Ein Waffenstillstandsvorschlag.

18 Mitglieder verschiedener Parteien der Schweizer Bundesversammlung haben beim Bundesrat angefragt, ob es nicht Zeit sei, bei den kriegführenden Staaten gegen die wirtschaftlichen Einschränkungen zu protestieren und bei den Neutralen einen gemeinschaftlichen Schritt im Sinne des Angebots aller Dienste zur Abnähmung von Verhandlungen für einen allgemeinen Waffenstillstand über die Weihnachts- und Neujahrszeit anzuregen.

### Wiederaufnahme der türkischen Handelschiffahrt auf dem Schwarzen Meer.

Wie die Väter aus Konstantinopel melden, sind einige Seeschiffe und andere kleine Fahrzeuge aus dem Hafen von Konstantinopel, sowie aus den Häfen des Schwarzen Meeres ausgelassen. Die türkische Seeschiffahrt wird demnächst im Schwarzen Meer den Dienst für den Reisenden- und Warentransport wieder aufnehmen. Ein Schiff geht morgen nach Jungulbak ab.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Gegen die Kartoffellieferungsverträge.

Der Reichsverband deutscher Städte (die Organisation der kleinen und mittleren Städte) hat dem Kriegsernährungsamt mitgeteilt, daß er die Kartoffellieferungsverträge ablehne und darum bitte, an dem jetzigen Kartoffelbezugsorganismus nichts zu ändern.

#### Die preussische Jungertgarde gegen die Regierung.

An die beiden Häuser des preussischen Landtages ist aus den preussischen Ostmarken eine Eingabe gerichtet worden, die bisher über 60 000 Unterschriften gefunden hat. Die Eingabe gibt, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, der bange Sorge und der Beunruhigung bereiten Ausdruck, mit der die eingewiesenen Deutschen der preussischen Ostmark in die Zukunft blicken, insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, daß die Politik der Reichsregierung in Polen die Lage des ostmärkischen Deutschtums bedrohlich gestaltet. Die ostpreussischen Junter befürchten mit Recht, daß nach dem Kriege und nach der Neugestaltung Polens eine Abwanderung deutscher Volksteile aus den ostpreussischen Gefilden mit Sicherheit zu erwarten ist. Sie erwarten daher Schutz durch das preussische Dreiklassen-Parlament, indem die Ostpreußen-Volkliste energig fortgesetzt und das bestehende Wahlgesetz zum Junter-Parlament beibehalten wird. — Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt zu der Eingabe vielsagend: „Der Wucht dieser Darlegungen und der ausgiebigsten aus den vier nationalen gemischten ostmärkischen Ostprovinzen stammenden zahlreichen Unterschriften wird sich weber die königliche Staatsregierung nach der Landtag entziehen.“ — Die Staatsregierung wird sich diese Sache hoffentlich noch zweimal überlegen, denn das wirkliche preussische Volk hat hierzu auch noch ein Wortchen mitzureden.

#### Die Vaterlandspartei gegen die Wahlreform.

Die Vaterlandspartei behauptet bekanntlich immer, daß sie sich mit den Dingen der inneren Politik nicht befasse. Wie wenig dies der Wirklichkeit entspricht, beweist eine Versammlung, die die Ortsgruppe der Partei in Bielefeld am 15. Dezember dort abgehalten hat. Der Redner des Abends, Universitätsprofessor Dr. Hoffmann (Münster), sagte am Schluß seines Vortrages, der die bekannten Forderungen der Partei vertrat: Mit der preussischen Wahlrechtsvorlage hat uns die Regierung ein Kuckucksei in das Nest gelegt. Das preussische Wahlrecht mag überflüssig sein, aber die Form der Wandernng geht



# Neueste Nachrichten.

**Berlin, 19. Dezember. (Mitteil.)** Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Wiedeg, hat im Norel-Kanal unter härtester feindlicher Gegenwirkung fünf Dampfer mit 23 500 Brutto-Registertonnen versenkt, darunter einen bewaffneten tief beladenen Dampfer (früheren deutschen Dampfer „Armenia“) von 5434 Brutto-Registertonnen, der in einem durch vier Zerstörer gesicherten Geleitzug fuhr. Aus einem anderen durch Zerstörer und Fischdampfer stark gesicherten Geleitzug wurden zwei tief beladene Dampfer, von denen einer bewaffnet war, herausgeschossen. Das gleiche Schicksal ereilte einen größeren bewaffneten, stark gesicherten Dampfer von etwa 5000 Brutto-Registertonnen. Außerdem wurde der französische bewaffnete Dampfer „Ango“ (7393 Brutto-Registertonnen), der tief beladen auf dem Wege nach Galmouth angegriffen wurde, torpediert. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

**Genf, 19. Dezember.** Die Agentur Radio meldet aus Petersburg: Die Friedensvorschläge der Mittelmächte werden hier demnächst veröffentlicht werden.

**Stockholm, 19. Dezember.** Die Petersburger „Pravda“ meldet: Die Alliierten haben alle dem russischen Reiche unter dem Zaren und Kerenski bewilligten Vorschläge gekündigt. Ueber die Rechtmäßigkeit der Vorschläge wird die Konstituante beschließen.

**Rotterdam, 19. Dezember.** Die „Morning Post“ meldet aus Olfahan: Die Regierung macht die Entsendung weiterer

portugiesischer Truppenteile nach dem Auslande von der vorherigen Zustimmung durch das neu zusammentretende Parlament abhängig. — Das „Echo de Paris“ schreibt: Von den Anfang Januar fälligen Zinsen der portugiesischen Staatsanleihen sei noch keine Deckung bei den Pariser Banken eingegangen, was eine gewisse Beunruhigung an der Börse erregte.

Korrespondenz mit der Rubrik „Was Lübeck und den Hamburgher“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Wüst, über den gesamten Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gröden in Lübeck

Wer gold' befall,  
dort wohnt im Glück  
Lindendoff

## Theater und Musik.

Ein junger schwedischer Geiger, Bruno Esbjörn, gab hier am Dienstag abend im Marckorfaal ein Konzert. In Anbetracht der vielen Verbindungen Lübeck mit Schweden beizubehalten der sehr schwache Besuch. Bruno Esbjörn auch hier noch ein unbekannter Mann, so geriet er doch als ein Mann, der Talent und Geschmack besitzt. Das bewies er mit der technisch vorwärtlichen Wiedergabe von Lantini's Sorate mit dem Trüffeltriller und mehreren kleineren Sachen, mit welchen Wido Burmeister das Publikum blendet. Sehr schön gelang auch die Wiedergabe eines hier noch nicht gespielten Konzerts von Tor Valin. Auf dem Programm standen noch Kompositionen von Bach, Ole Bull und Valin, die gleichfalls dem Künstler reichen und verdienten Beifall eintrugen. Die Verwaltung am Fingel besorgte Herr James Simon in vorwunderlicher Weise.

## Warenabgabe

In der Woche vom 24. Dezember bis 30. Dezember 1917.

1. Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte.

|                   |            |  |
|-------------------|------------|--|
| Butter:           | Abchnitt 5 | 80 Gramm Butter zum Preise von 20 Pf.                          |
| Speisefett:       | 5          | 50 „ „ Margarine zum Preise von 20 Pf.                         |
| Zucker:           | 7          | 125 Gramm Zucker.  |
| Auflösungsmittel: | 5          | 125 Gramm Marmelade zum Preise von 20 Pf.                      |
| Warenkarte:       | 9          | gegen Abgabe von je 3 Abchnitten Nr. 9 eine K-Packung Süßholz. |

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes sind Butter, Speisefett, Zucker, Auflösungsmittel in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist.

Auf die Lebensmittelkarte dürfen diese Waren nur in den auf der Rückseite der Karte bemerkten Geschäften verabfolgt und entnommen werden. Der Süßholz ist in den Apotheken und Drogeriegeschäften erhältlich. Die Abnahme 9 der Warenkarte können von diesen Geschäften ausnahmsweise los' entgegengenommen werden, um mehreren Personen den gemeinsamen Bezug einer Packung zu ermöglichen.

2. Auf die Wochenbernadungsweise für Militärurlauber vom 24. Dezember bis 30. Dezember 1917.

Ganze Wochenmenge (wie bei der Lebensmittelkarte):  
Salbe 15 Gramm Butter, 25 Gramm Margarine, 75 Gramm Zucker, 75 Gramm Marmelade.

Die Ware ist in den auf der Rückseite der Karte bemerkten Geschäften zu entnehmen.

3. Auf die Bezugskarte für Schwerarbeiter, Abschnitt 31 45 Gramm Margarine zum Preise von 19 Pf.

4. Auf Butterbezugshäfte, 3/4 der höchstzulässigen Bezugsmenge und zwar 3 Teile in Butter und 1 Teil in Margarine.

Zucker, Auflösungsmittel und Süßholz können bereits vom 20. Dezember ab, Butter und Margarine voraussichtlich vom 22. Dezember ab entnommen werden.  
Lübeck, den 19. Dezember 1917. (4184)

Das Polizeiamt.

## Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Verbrauchszucker.

Die Kleinhandlender haben die gesammelten Abchnitte 1 bis 6 der Bezugskarte für Zucker spätestens am Donnerstag, dem 27. Dezember 1917, bei der Geschäftsstelle des Polizeiamtes, Breite Straße 65, I, Zimmer 6, einzuweisen.

Lübeck, den 20. Dezember 1917. (4183)

Das Polizeiamt.

## Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs.

Elektromotoren, die an das öffentliche Elektrizitätswerk angeschlossen sind, dürfen bis auf weiteres in der Zeit von 4 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends nicht in Benutzung genommen werden. Der Betrieb von Heizen, Aufhängen mit elektrischem Antrieb ist verboten. Die elektrische Beleuchtung in gewerblichen und industriellen Betrieben, Läden, Kontoren, Büros und Wohnhäusern ist auf das Nötigste einzuschränken.

Zusammenfassend werden mit sofortiger Abwertung der Stromzuführung bestraft.

Lübeck, den 19. Dezember 1917. (4174)

Die Betriebsbehörde.

## Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamtes zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

Am besetzten Gebiet Belgiens bedarf es noch einer großen Anzahl von Hilfsdienstleistenden, um Soldaten für die Front freizumachen. Die Bedingungen für die Anstellung der Hilfsdienstleistenden sind günstig. Die Annahme von Stellen im besetzten Gebiet durch Hilfsdienstleistende verzögert das Meer, da Soldaten frei werden.

Es werden gesucht:

Elektrotechniker, Schreiber, Köche, Küchenarbeiter, Kraftfahrer, Ordnungsmänner, Schneider, sowie Leute für sonstigen Arbeitsdienst.

Es kommen nur Leute in Frage, die nicht mehr im wehrfähigen Alter, also vor dem 1. 8. 1889 geboren sind.

Kraftfahrer und Fernfahrer mit ausreichenden körperlichen Fähigkeiten und Gebirgs- sowie Personen, die in kriegswichtigen Betrieben tätig sind können nicht angenommen werden.

Die näheren Bedingungen sind bei der Kriegsamtsstelle Altona zu erfahren.

Meldungen, welche schriftlich oder mündlich erfolgen können, sind bei der Kriegsamtsstelle Altona, Geibstraße 1, entgegenzunehmen.

4181

Kriegsamtsstelle Altona.

Sofort oder später jüngeres Alter werden gesucht zu sofort eine Stelle im Besonderen die zweite Stelle mit Höhe von 1200 Mark monatlich. Bei Interesse wenden Sie sich an die U. K. oder an die U. K. in die U. K. 4177

Eine Verordnung des stellv. Generalkommandos des IX. Armeekorps, betreffend

## Verbot des Fällens von Eichen

bis zu 40 Jahren in Eichenwäldchen und in Wäldchen mit härterer Eichenbeimischung und heute durch die amtlichen Regierungen: Gärter und Volkseigentümer, sowie durch öffentlichen Anschlag und Aushang veröffentlicht.

Der Wortlaut der Verordnung ist bei den Landratsämtern, Bürgermeistern und Polizeibehörden einzusehen.  
Altona, den 20. Dezember 1917. (4170)

Stellv. Generalkommando IX. A. K.

## Verkauf von holländischen Hühnern.

Die bis zum Donnerstag, dem 20. ds. Mts., bestellten holländischen Hühner können gegen Ablieferung der Gutscheine am Freitag, dem 21. ds. Mts., vormittags von 8 1/2 bis 1 Uhr, in der Markthalle in Empfang genommen werden.

Weitere Bestellungen werden vom Marktbeauftragten am Freitag, dem 21. und Sonnabend dem 22. ds. Mts., vormittags von 8 1/2 bis 1 Uhr, entgegengenommen. Die Ausgabe dieser Hühner findet am Montag, dem 24. ds. Mts., vormittags zwischen 8 1/2 und 1 Uhr statt. (4190)

Der Ernährungsausschuß.

## Verkauf von geschlachteten, gefrorenen Gänsen.

Am Donnerstag, dem 20. und Freitag, dem 21. ds. Mts., werden vom Marktbeauftragten in der Zeit von 8 1/2 bis 1 Uhr: Bestellungen auf geschlachtete, gefrorene Gänse entgegengenommen.

Der Preis beträgt Mk 4.— für das Pfund.

Als Ausnahme sind die Kleinstkarten oder Lebensmittelhefte vorzulegen. Eine Anrechnung auf die Kleinstkarte findet nicht statt. Der Kaufpreis ist bei Empfangnahme der Gänse am Sonnabend dem 22. ds. Mts., vormittags zwischen 8 1/2 und 1 Uhr, zu entrichten. (4191)

Der Ernährungsausschuß.

## Kriegsstüchen.

Am 24. Dezember wird keine Abendkost abgegeben. Am 1. Feiertag bleiben die Kriegsstüchen geschlossen, am 2. Feiertag wird das Essen wie an Sonntagen abgegeben von 11 1/2—12 1/2 Uhr Alter Bahnhof, Beferarube, Gertrudschule.

## Kriegsstüchen.

Sonnabend, d. 22. u. Donnerstags, den 27. Dezember, keine Fleischmarken mitbringen. (4186)

Käte Jaekstat

Ernst Frahm

Verlobte. 4186

Lübeck den 19. Dez. 1917.

Verlobte:

Karl Umbach

Frau Christine geb. Wrieger

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke zur Hochzeit danken herzlich

4178

Wegen H. H. H. H. H.

Reinholdsmaschine billig zu verkaufen

4189

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

Kaufkarten 2. 1. G.

**Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter u. verw. Ber.**  
Zahlstelle Lübeck.

Die Auszahlung der Weihnacht-Unterstützung an die Frauen der zum Heeresdienst eingezogenen oder im Jahre 1917 gefallenen Mitglieder findet am Freitag, dem 21. Dezember, abends zwischen 7 und 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftsausschuß, Johannisstraße 50-52, Zimmer Nr. 8, statt.

Diesem, welche sich bis zum 29. Dezember nicht gemeldet haben, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Vorstand.

## Wohltätigkeitskonzerte

zugunsten der Hinterbliebenen eines Reservekorps, Kommandeur Ge. Erz. General von Morgen, gegeben von der aus Rumänien beurlaubten Kapelle des

182. Infanterie-Regiments unter Leitung von Herrn Obermusikmeister Thiele.

Freitag, 21. Dezbr., abends 7 Uhr: Sanssouthern, Poen 1 Mt., 100k 50 Bfa.

Sonnabend, 22. Dezbr., abds. 7 Uhr: Ratskeller, Marmorfaal.

Sonntag, 23. Dezbr., nachm. 4 Uhr: Walmühle, Oerz Hotel (Lübeckdorf), Schwartau.

Dienstag, 25. Dezbr., nachm. 4 Uhr: Walmühle, Fortkalle.

Mittwoch, 26. Dezbr., nachm. 4 Uhr: Fortkalle, Oerz Hotel (Lübeckdorf), Schwartau.

Eintrittspreise in allen Konzerten 50 Bfa., Militär ohne Charge 30 Bfa. Dankkarten, zur beliebigen Verwendbar, für 12 Konzerte 5 Mt. zu haben im Zigarrenladen von Wllh. John, Schüsselbuden.

Wir bitten die Bevölkerung im Interesse der guten Sache, diese Konzerte recht zahlreich zu besuchen.

Der Landeskriegerverband.

4192

Der

## Wandkalender 1918

ist erschienen und durch unsere Zeitungsausträgerinnen zu erhalten.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

## Gebt mehr Kartoffel!

Die Volksernährung geht wieder einmal drohenden Zeiten entgegen, auf die der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften die für die Volksernährung zuständige Reichsstelle in einer Eingabe dringend aufmerksam macht. Diesmal ist es wieder die Kartoffelversorgung, auf die die ernsteste Beachtung hingeleitet wird. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.  
Berlin, den 17. Dezember 1917.

Die hohe Bedeutung, die die Kartoffelversorgung im kommenden Jahre für die Ernährung der Bevölkerung beansprucht, veranlaßt uns, dem Kriegsernährungsamt die Besenden zum Vortrag zu bringen, die wir gegen die bisher getroffenen Maßnahmen erheben müssen.

Wir erkennen gerne an, daß in diesem Jahre die Deutung des Bedarfs für die städtische Bevölkerung erheblich besser nonkalt gegangen ist, als in den Jahren voraus. Das kann uns aber nicht in Sicherheit wiegen über die Versorgung bis zu Ende des Wirtschaftsjahres. Wir nehmen zu unserem Bedauern wahr, daß die Annahme, wir verfügen über eine außerordentlich günstige Ernte, zu einer umfangreichen Verfüllung der Kartoffeln verleitet. Auch der günstigste Ertrag der Ernte muß hierbei schnell aufgebraucht werden. In letzter Zeit ist uns Mitteilung geworden, daß die Militärverwaltung erhebliche Mengen Kartoffeln zur Verfüllung freigibt, aus einer Etappenstation wird uns berichtet, daß täglich 7 Pfund Kartoffeln pro Pferd verfrachtet werden. Wenn diese Maßnahme der Militärverwaltung in größerem Umfange ergriffen wird, so wird weit über das zulässige Maß in unsere Kartoffelbestände eingegriffen. Dazu kommt, daß die Verfüllung in landwirtschaftlichen Betrieben außerordentlich schwer zu kontrollieren ist und weit über das Normum von 20 Prozent Schwind, in der auch die Verfüllungsmenge umfaßt ist, hinausgegangen wird. Die Maßnahmen, die von der Reichsstelle für die Versorgung im nächsten Frühjahr getroffen sind, geben uns keine genügende Sicherheit. Die Erfahrung in diesem Jahre hat ergeben, daß im Frühjahr die den Provinz-Kartoffelstellen auferlegte Lieferungsverpflichtung nur zu ungefähr 52 Prozent erfüllt wurde. Es ist allerdings in diesem Jahre die Vorfrage getroffen, daß durch Lieferungsverpflichtung der Ueberlieferungsstellen an die Bedarfsgemeinden die notwendigen Mengen gedeckt werden sollen. Wir bezweifeln, daß die hier vorgesehenen verhältnismäßig hohen Vertragsstrafen die Bestände vor dem Zugriff des Landwirts sichern und es erscheint uns sehr fraglich, ob nicht, wenn die Kartoffeln in der eigenen Wirtschaft des Landwirts verbraucht sind, der Durchführung der Verfrachtung ein erheblicher Widerstand entgegengebracht wird. Wir sind überzeugt, daß die Meinung, daß die Gemeinde, die zur Versorgung der Kartoffeln herangezogen wird, auf eigenes Risiko die Kartoffeln für den Frühjahrbedarf einkauft, um sie vor jedem Zugriff sicher zu stellen. Können wir für den Frühjahrbedarf die Bedienung nicht herbeiführen, so würde für unsere Ernährung ein Zustand eintreten, wie wir ihn bisher in den Kriegsjahren noch nicht erlebt haben. Bevor dieser Bedarf nicht bedeckt ist, muß jede Verfüllung unterbunden werden.

Aus allen Teilen des Reiches erhalten wir Zuschriften die mit zunehmender Eindringlichkeit die Forderung erheben, das bisher gewährte Kartoffelquantum von 7 Pfund pro Woche auf 10 Pfund zu erhöhen. Die Gründe, die vom Kriegsernährungsamt gegen diesen Anspruch geltend gemacht werden, können wir nicht als berechtigt anerkennen. Das Kriegsernährungsamt stellt seiner Forderung für die Kartoffelversorgung eine Ernte von 345 Millionen Tonnen

zur Grundlage, während in landwirtschaftlichen Kreisen, wir bezuhen uns dabei auch auf die Schätzung des Grafen von Schwerin-Löwisch, eine Ernte von 38 bis 40 Millionen Tonnen angenommen wird. Die Reichsstelle rechnet mit einer Anbaufläche von 2,96 Millionen Hektar. Das würde einen Rückgang der Anbaufläche um über eine Million Hektar gegen das Jahr 1915 bedeuten. An einen Rückgang in diesem Umfange glaubt niemand. Aber selbst bei dieser ganz unhaltbar niedrigen Annahme über die Größe der Anbaufläche rechnet die Reichsstelle nach den von ihr geforderten Mengen mit einer Abgabepflicht des Landwirts pro Hektar von 127 Zentnern, oder pro Morgen 32,5 Zentner. Daß diese Abgabe mit Leichtigkeit um einige Zentner erhöht werden kann, liegt außer allem Zweifel. Würde man die Kartoffelmengen um 3 Pfund pro Woche für einen Zeitraum von rund 25 Wochen erhöhen, so würde das eine Mehrernte von ungefähr 1,5 Millionen Tonnen für die städtische Bevölkerung ergeben. Eine solche Zulage würde manche Sorge um das Durchkommen im Haushalt beseitigen; die Abgabe wäre möglich nach allem, was wir über den Ertrag der Ernte erfahren haben.

Die weiteren Einwände, daß wegen der Transport-schwierigkeiten diese Versorgung nicht möglich ist, müssen entschieden bestritten werden es wird bei einigem guten Willen und unter Berücksichtigung des Ernstes der Situation wohl möglich sein, diese höhere Belieferung durchzuführen. Dabei scheint nicht einmal in allen Städten die Ration von 7 Pfund Kartoffeln verteilt zu werden, denn aus Breslau wird uns berichtet, daß dort nur 6 Pfund zur Verteilung gelangen. Das muß in der Bevölkerung um so bitter empfunden werden, als Breslau in einem Bezirk mit starkem Kartoffelanbau liegt und hier die Versorgung zu feinen unüberwindlichen Schwierigkeiten führen kann.

Berücksichtigen wir, daß bei dem Mangel an Fett, Fleisch, Hülsenfrüchten, Brot und Mehl der Bedarf an für die Ernährung notwendigen Kartoffeln erheblich gesteigert wird, auch der erhoffte Ausgleich im Konsum von Gemüse nicht eintreten konnte, weil hier die Ernte den Bedarf nicht deckte, so bleibt für unsere Ernährung die Kartoffel ein wichtiger und wertvoller Bestand, der zunächst für die menschliche Ernährung sichergestellt werden muß. Jeder Versuch, Kartoffeln in höherem Maße der Viehhaltung zuzuführen, stellt die Ernährung der Bevölkerung in Frage.

Wir machen mit allem Nachdruck auf diese ernste Situation in unserer Nahrungsmittelversorgung aufmerksam und betonen noch einmal, daß die bisher getroffenen Maßnahmen keine Sicherheit für die Versorgung der Bevölkerung enthalten. Wir schließen uns insbesondere auch der sehr ernstlichen Vorstellungen, den der Deutsche Städtetag in seiner Eingabe vom 26. November d. Js. geltend machte, an und fordern dringend, daß dieser vereinten Vorstellung das Kriegsernährungsamt Rechnung trägt. Die hier erhobenen Wünsche, die auf die Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung Rücksicht nehmen, müssen erfüllt werden, weil sie Anforderungen enthalten, ohne die ein Auskommen für die städtische Bevölkerung unmöglich ist.

Ergebnis

In das  
Kriegsernährungsamt.  
Berlin.  
C. Legien. Fr. Ebert.

## „Socialiste Belge“ flagt die Entente an.

Unter der Überschrift: „Wer ist verantwortlich? Was ist leicht zu tun?“ behandelt „Socialiste Belge“ vom 15. Dezember die Ursachen der Mißerfolge der Bemühungen des holländisch-

skandinavischen Komitees, die Stockholmer Konferenz zustande zu bringen. Er schreibt: „Stockholm ist ein Mißerfolg. Und was sind die Folgen? Der Friede ist für Rußland — wie schon Kerenski einem amerikanischen Tageschriftsteller erklärte — eine Lebensfrage. Die Entente regierungen wollten sich auf die Wünsche des russischen Volkes nicht einlassen. Das russische Volk verlor jedes Vertrauen zur Entente, und es kam der Augenblick heran, wo die Weltgewalt die Macht an sich riß. Jeder Lenin noch Trotski sind für die Lage verantwortlich, wohl aber sind es diejenigen, die dem Stockholmer Gedanken feindlich waren und die Stimme der Revolution nicht hören wollten. Die Entente lehnte das Angebot Lenins und Trotskis ab; die Mittelmächte nahmen es an und begannen die Verhandlungen, die zu einem Sonderfrieden führen könnten. Deutschland rettete sich wirtschaftlich während des Krieges und nach dem Kriege; ebenso kann es seine Westfront erheblich verstärken.“

Frankreich aber, das ehle Frankreich, ist fast erschöpft; und wenn England noch nicht erschöpft ist, so erleidet es doch empfindliche Verluste; Italien hat nur geringe Hoffnungen. Man sagt uns: Amerika wird uns retten! Wir bitten daran erinnern zu dürfen, daß man im Jahre 1914 und 1915 gesagt hat: England wird uns retten. Aber es hat uns nicht gerettet. Kann Amerika uns retten? Und wird es nicht zu spät sein?

Das ist die Bilanz von fast 3 1/2 Jahren. Neue Verschlächungen von Millionen Menschen sehen uns bevor. Verantwortlich hierfür sind diejenigen Regierungen und diejenigen Sozialisten (die französischen und belgischen Reichsbeamten), die gegen Stockholm wirkten und das internationale Proletariat verhindern den Weltfrieden wieder herzustellen.“

In den Artikeln des „Socialiste Belge“ heißt es zwar nicht an Anlagen gegen den preussischen Militarismus und die deutsche sozialistische Mehrheit, aber die Verantwortung für den Stockholmer Mißerfolg kann er ihnen nicht zuschreiben. Schließlich wird ein energisches Zusammenwirken des Weltproletariats gegen den Krieg gefordert.

## Außerordentlicher Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes.

Hannover, den 17. Dezember 1917.  
Ein außerordentlicher Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes, der erste seit Kriegsausbruch, trat heute in Hannover zusammen. Auf der Tagesordnung stehen außer Berichten und einem Referat über Lage und Aufgaben des Verbandes in der Hauptsache Anträge auf Änderung des Statuts. Der Hauptvorstand beantragt eine zeitgemäße Erhöhung der Beiträge und eine dementsprechende Erhöhung der Höhe für die Erwerbslosenunterstützung und Gemahntgeltunterstützung.

Verbandsvorsitzender Brey hob in seinem Bericht hervor, daß der Verband die Kriegskrisis im allgemeinen gut überstanden und sich von dem bei Kriegsausbruch hereinfließenden Mitgliederzuwachs gut wieder erholt hat. Trotzdem hätten die wirtschaftlichen Nöte im allgemeinen nicht anfechtend, sondern niederdrückend gewirkt. Die außerordentlichen Leistungen der Organisationsstellen für Kriegsnachhelferleistungen erforderten 1 111 000 Mark. Der Redner schloß weiter die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Ernährungspolitik und in den übrigen durch den Krieg herausgeschworenen Fragen. Er kam zu dem Ergebnis, daß der Verband sich mit der Tätigkeit des Vorstandes während der Kriegszeit als starker Maß für die beheimgebliebenen Kollegen bewährt, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen günstig beeinflusst und darüber hinaus auch den im Felde stehenden Kollegen Hilfe geleistet habe.

Aus dem Kassenbericht ergab sich, daß der Vermögensbestand in der Hauptkassa gegenüber dem Ende des Jahres 1913 um etwa 300 000 Mark zurückgegangen ist.

Es folgte der Bericht der Redaktion der Verbandszeitung, den Redakteur Schneider erstattete. Aus ihm ist besonders hervorzuheben, was er über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften ausführte. Das Wort Bismarcks: Partei und Gewerkschaften sind eins, sei sehr ansehbar schon zu der Zeit gewesen, in der es ausgesprochen wurde. Seitdem aber nurmehr die Partei selbst nicht mehr eins sei, müsse man dahinter ein noch größeres Fragezeichen setzen. Die Gewerkschaften müßten

## Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schüding.

29. Fortsetzung.

Richard war im Begriffe, sich nach diesen Gegenständen zu bücken, um sie näher zu betrachten, als er die Schritte, vor denen er gestanden war, ganz in seiner Nähe hörte; sie kamen eben in das Schlafzimmer, wo die Leiche lag, und Richard vernahm eine unangenehme, etwas schrille Stimme, die sagte: „Da liegt er! Ich habe nie eine große Meinung von den Tugenden und der moralischen Seelengröße dieses Monsieur d'Epaville gehabt — aber, daß ihn der Teufel schon so früh holte, ist doch ein klein wenig hart!“

Diese Worte wurden in einem sehr akzentuierten und sehr mislautenden deutschen Dialekt gesprochen, den Richard sich erinnerte, bei Epävillers gehört zu haben.

„Es bleibt bei allem, was Sie mir gesagt haben, doch ein höchst merkwürdiger Fall, Herr Polizeirat, der mir noch immer große Dunkelheiten hat!“

Diese Antwort wurde im Dialekt der Landessprache gegeben.

„Dunkelheiten? Was kann da noch dunkel sein?“

„Ein Mann wie dieser Hammerbesitzer — und gar ein junges Mädchen wie Sibylle Ritterhausen! Ist es nicht unglücklich...“

„Mein lieber Untersuchungsrichter“, antwortete der Epäviller, „unglücklich ist nichts. Dies Wort müssen Sie streichen aus Ihrem Geschäftsstil. Wenn Anzeigen vorhanden sind, daß ich, der Polizeirat Ermanns, das Licht aller Behörden der öffentlichen Sicherheit im Großherzogtum, falsche Wechsel gemacht oder überne Böffel gestohlen habe, so sagen Sie nicht: unglücklich! Untersuchungen Sie, was kann Sie bei dieser Angelegenheit in Verwirrung bringen? Das Verhältnis des Monsieur Ritterhausen zu diesem Gute hier haben Sie mir gestern selbst auseinandergesetzt. Den Entwurf des Briefes, welchen der Graf von Epaville an Ritterhausen geschrieben, haben wir hier gefunden. In Angst und Schrecken verfiel durch diese Öffnung, hat der Herr Ritterhausen seine Tochter abgeschickt, um zu parlamentieren mit dem Grafen. Er kannte diesen Herrn Grafen nicht. Er wußte nicht, daß der Graf in einem kleinen vertraulichen Kreise dem Großherzog gegenüber sein Wort verpfändet hatte, er würde dieses Mädchen verführen. Sie können sich nun denken, welchen Charakter das Letztere der Demoselle Ritterhausen und des Grafen angenommen haben wird. Der Herr Graf werden alle Vorteile ihrer Lage den Ritterhausen gegenüber haben ausbeuten wollen; er hat dem jungen Mädchen Zutritt gemacht, welche diese tödlich beleidigt haben; und nun haben beide, Vater und Tochter ohne viel Gemühschmerz diesen vermaledeiten Franzosen, der dem Vater, Haus und Hof und der Tochter die Ehre rauben wollte, daran glauben lassen. Sie haben ihn beseitigt, man ami, oder besser, stumm gemacht, wie Sie ihn da sehen. — Wir ist dabei gar nichts dunkel, nicht einmal, was die Kefferei des Grafen von Epaville in der andern Welt angeht. Ich bin ganz überzeugt, der Zeremonienmeister der Unterwelt hat ihn längst zur Cour bei seiner diabolischen Majestät vorgestellt, und der Satan hat keine Freude

ausgedrückt, endlich eine längstgehoffte Bekanntheit zu machen!“

„Aber sie leugnen stolz und zornig, die Ritterhausen“, fiel der andere ein.

„Man kennt das“, versetzte der mit dem Epäviller Dialekt. „Es wird sie nicht retten vor der Guillotine. Der Großherzog war befreundet mit dem Epäviller.“

Wir brauchen nicht zu sagen, mit welcher Aufregung und wie erschütterter Richard diese Unterredung belauschte, die deutlich und laß, daß ihm kein Wort entging, in seinen Winkel drang. Trotz allem, was er vernahm, und trotz allem, was irgend hätte gesagt werden können, um Sibylle Ritterhausen zu einer Mörderin zu stemmen, stand der Glaube an ihre Unschuld festest in seiner Seele. Aber ebenso klar wurde ihm aus diesen Reden, wie hoffnungslos und verzweifelt ihre Lage den Untersuchungsbeamten und den Gerichten gegenüber sein mußte. Das Wort Guillotine, welches bald darauf von den Lippen des einen der Sprechenden fiel, traf ihn vollends wie ein Stich ins Herz.

Er sollte noch ein zweites Wort vernehmen, das beinahe eine ähnliche Wirkung auf ihn übte. Und dies Wort wurde wieder von dem, der sich das Licht aller Behörden der öffentlichen Sicherheit genannt hatte, gesprochen und hieß: Verleumdung!

„Wo ist nun das Verleumdung?“ sagte Monsieur Ermanns, „ich denke, es muß hier dieses Küllstid in den Lambris sein!“

Er trat in diesem Augenblick an die bezeichnete Stelle heran. Richard hatte rasch und instinktiv seine Hände an das bewegliche Holzstück gelegt und suchte es durch das höchste Aufgebot seiner Kraft fest an seiner Stelle zu halten. Aber er fand zu seiner Unterstützung dabei keinen Borsprung, nichts, was ihm als Handhabe gedient hätte. Draußen war jetzt auch der Untersuchungsrichter heangetreten und drückte aus Leibesträften — das Küllstid bewegte sich und — schon wieder in seine alte Lage zurück.

„Mein Gott, das ist ja als ob jemand von innen festhielt!“ rief der Untersuchungsrichter aus.

„Fast so in der Tat!“

„Versuchen wir's noch einmal mit aller Kraft!“ fuhr der Richter fort.

Jetzt gab das Holzstück soweit den vereinten Anstrengungen der beiden Männer nach, um einer Hand Raum zu gewähren, sich einzuschieben; im nächsten Augenblick fuhr eine starke Männerhauf — es war die des Untersuchungsrichters — in den Spalt herein, und nun lag das Holz zur Seite — die ganze Öffnung klappte auf.

Noch eine Hoffnung blieb dem Eingeschlossenen. Vielleicht begünstigte sich die beiden Männer damit, in das Verleumdung nur einzublicken. Wenn Richard sich dann dicht an die Mauer drückte, in die dunkelste Ecke, so war es möglich, daß sie ihn überleben.

Während er diese Stellung einnahm, sah er den Kopf des einen der Männer in die Öffnung lugen.

„Ich sehe niemand“, sagte dieser dabei... es war der, den er hatte Untersuchungsrichter nennen hören.

Der andere, der mit dem fremdartigen Dialekt, erwiderte lachend: „So kriechen Sie hinein, Untersuchungsrichter. Es ist Sache der Justiz, ihre Nase da hineinzuführen.“

„Ich meine, es wäre mehr Sache der Polizei, ihre Nase in alles zu stecken“, versetzte scherzend der andere Beamte. „Jedenfalls ist die Polizei der Vorläufer der Justiz, also en avant, Monsieur!“

„Aber da muß man ja kriechen auf allen vierten!“

„Das können Sie immer noch eher als ein Priester der Thémis“, lachte der Untersuchungsrichter.

„Was ist da nun zu machen?“ sagte Monsieur Ermanns, ließ sich auf die Knie nieder und steckte den Kopf durch die Öffnung.

Er schaute eine Weile hinein, wie um seine Augen erst an die größere Dunkelheit zu gewöhnen, welche in dem kleinen Raum herrschte. Dann sagte er: „Es liegen da allerlei Gegenstände auf dem Boden. Die Inspektion aus der Ferne wird nicht hinreichen — man wird sich beugen müssen, hineinzuschauen... und dann fuhr er in der Tat mit dem Oberkörper in die Lambrisöffnung — aber viel schneller kam er erschrocken wieder heraus.“

„Alle Teufel!“ rief er halblaut und sehr blaß geworden.

„Was ist?“ fragte der Untersuchungsrichter, „was haben Sie?“

„Es steht ein Mann drin!“ flüsterte Monsieur Ermanns, die Zeichen des Schreckens noch in allen Zügen.

„Best“, rief der andere Beamte, „der Mörder! und dabei blühte er angsterfüllt umher, ob nicht irgendeine Waffe in der Nähe sei.“

„Was ist da nun zu machen?“ fragte Monsieur Ermanns.

„Wir müssen unsere Leute herbeirufen.“

„Ich will hinunter...“ erwiderte der Untersuchungsrichter.

„Ich dank Ihnen“, versetzte Monsieur Ermanns, „damit der Mensch unterdes Zeit gewinnt, über mich herzufallen und sich zu retten. Bleiben Sie ruhig bei mir — ich will schon selbst die Leute rufen und zwar ja!“

Bei diesen Worten zog er ein Terzerol mit zwei Läufern aus der Tasche und spannte die Hähne; er war jaft im Begriff es abzuschießen, um auf diese Weise seine Leute, die unten harren mochten, herbeizurufen, als ihm der Untersuchungsrichter in dem Arm fiel.

„Aber zum Henker, wenn Sie abziehen, so sind wir ja ganz ohne Waffe wider den Verbrecher, der jeden Augenblick heraufkommen und sich auf uns stürzen kann!“

„Nur ruhig, ich habe immer noch einen Schuß in Reserve.“

sagte Monsieur Ermanns, der seine Fassung so ziemlich wieder erlangt hatte.

Jetzt aber fand Richard von Hunderte für gut, dieser Szene ein Ende zu machen. Er tauchte plötzlich aus der Lambrisöffnung auf und mit den Worten: „Sehen Sie ganz unbefangt, meine Herren, ich glaube, es ist das Beste, ich komme Ihnen friedlich entgegen und wir verständigen uns ohne Pistolenschüsse!“ froh er aus der Wandöffnung hervor.

Die beiden Beamten traten schon ein paar Schritte weit zurück und starrten ihn an. Richard stand nach wenigen Augenblicken ruhig vor ihnen und läudte die Spinnweben und den Raufschmutz ab, der an keinem Noche haften geblieben war.

(Fortsetzung folgt.)

Eine Statistik von Goethes dramatischem Schaffen. Goethes dramatisches Schaffen umfasst ein ganzes Lebenswerk. Es besteht aus zehn fünftägigen großen Dramen, sieben kleineren Dramen, sechs Singpielen, zehn satirischen Opern, fünf Fest- und Borspielen sowie fünfzehn Maskenspielen zu Festlichkeiten des weimarschen Hofes.

nach einander als früher sich zu dem Standpunkt bekennen, daß sie auf kein politisches Programm eingeschworen seien. Ihren Mitgliedern weder ein politisches noch ein religiöses Glaubensbekenntnis abverlangt. Das heißt durchaus keine neue Einsicht, sondern nur die korrekte Durchföhrung des alten Satzes. Leider ist in der Vergangenheit diese Richtlinie nicht immer folgerichtig durchgeführt worden.

Die Konsumvereine während des Krieges.

Am des Schicksal der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter während des Krieges hatte man sich in den beteiligten Kreisen oft die ernstesten Sorgen gemacht. Auch in den Konsumvereinen waren vor dem Kriege häufig Beschränkungen laut geworden, ob wohl das Gefüge dieser verhältnismäßig jungen Wirtschaftsgesetze den Erschlitterungen einer Kriegszeit-Anforderung Stand zu halten vermochte.

Die energische und wirksame Art, mit der in den ersten Kriegswochen schon die Konsumvereine dem Kriegswachser entgegen traten und dem wirtschaftlichen Durcheinander mit ihrer selbstbewußten Vertretung der Verbraucher-Interessen entgegen wirkten, hat wesentlich zu einer günstigeren Beurteilung der Konsumvereine in den ihnen vorher überaus feindselig gegenüber stehenden Kreisen beigetragen.

Das Besondere der Konsumvereine liegt in der Zeit wirtschaftlicher Umwälzungen noch mehr als unter normalen Verhältnissen die Organisation der Lebensmittelversorgung auf gemeinsamer Grundlage ein geeignetes Mittel ist, der Schwere der Zeit zu begegnen.

Die glänzende Entwicklung der deutschen Konsumvereine während der drei Kriegsjahre spiegelt sich in den nachfolgenden angeführten Zahlen wieder, die aus dem Jahrbuche des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine entnommen sind.

Table with 3 columns: Year (1914, 1917), and various categories like Mitglieder, Eigenkapital, Eigenproduktion, etc.

Genosse Adolf Knappe, der in der Friedenszeit die Konsumvereine wirtschaftlich fortbildend geleitet, kehrt in diesem Jahre die glänzende Entwicklung der Konsumvereine durch ein Schlagmittel folgt.

Die Steigerung der Mitgliederzahlen darf als ein Zeichen der gesteigerten Anerkennung der Konsumvereine in den bisher fernstehenden Verbraucherkreisen bewertet werden. Bei der Erhöhung der Umsatzfiguren spielen selbstverständlich die erhöhten Preise eine sehr wesentliche Rolle, immerhin ist die Umsatzsteigerung in dem Maßgrade der Mengen aller Verbrauchsgüter sehr beachtlich.

Ernährungsfragen.

Endlich. Der Kriegsausbruch für tierische und pflanzliche Öle und Fette hat nach Zeitungsberichten, zum Teil wohl dank der Vorbereitungen der Reichsbeleihungsstelle, die bereits zum Handel zugelassenen fettlosen Wässhmittel einer Nachuntersuchung unterzogen und sie namentlich daraufhin geprüft, ob sie infolge ihrer Zusammensetzung die Wässhstoffe mehr als unvermeidbar angreifen oder durch irreführende Bezeichnungen oder Anpreisungen über die Minderwertigkeit hinwegtäuschen.

Glänzende Kartoffelernte - für die Schweine. Der „Erfolger Kurier“ enthält folgende Notiz: „Vom Lande. Die glänzende Kartoffelernte hat auf die Schweinehaltung anregend gewirkt. Überall im Lande sind die Schweinehöfe überaus stark besetzt. Nachfrage nach jungen Ferkeln zur Aufzucht treibt die Preise immer höher, jetzt bis auf 120 Mk. für ein Ferkel von acht Wochen.

Aus dem Gerichtssaal.

Hundefutter als menschliche Nahrung. Vor dem Schöffengericht in Kottbus hatten sich der dortige Abbedereibehrer Julius Babel, seine Ehefrau und die auf dem Abbedereigrundstück wohnende Arbeiterfrau Heilmann wegen Verstoßes gegen das Nahrungsmittelgesetz, Fleischbeschaugesetz und Kadavergesetz zu verantworten.

Das Urteil im Prozeß gegen den Kommerzienrat Schenker. Im Prozeß Daniels' Sodenbe ist wurde gestern mittags das Urteil gefällt, lautet: Daniels wegen falscher Auskunft gegenüber der Reichs-Postanstalt zu taufend Mark Geldstrafe verurteilt. Er hat 15 Mk. eines Tag Geldstrafe verurteilt.

Das Urteil im Prozeß gegen den Kommerzienrat Schenker. Im Prozeß Daniels' Sodenbe ist wurde gestern mittags das Urteil gefällt, lautet: Daniels wegen falscher Auskunft gegenüber der Reichs-Postanstalt zu taufend Mark Geldstrafe verurteilt. Er hat 15 Mk. eines Tag Geldstrafe verurteilt.

Aus Nah und Fern. Glänzende Fliegerleistung. Der Fliegerhauptmann Hans Hesse ist von Berlin auf dem Luftwege in Kottbus eingetroffen. Er hat die Strecke von 18 Tagen in 34 Stunden zurückgelegt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Unser Weihnachtsgeschenk des Ernährungsausschusses ist mit einem Viertelpfund Mehl recht mager ausgefallen. Um so mehr, als die besonderen Zulagen für Kinder nicht überreichlich waren und auch noch lange nicht alle Jahresklassen bedacht wurden. Mir kommen heute wieder zwei Städte vor die Augen, wo weitherziger verfahren wurde.

Frische Fische! - Geräucherter Fische!

An den letzten Tagen der verfloffenen Woche waren endlich die langvermissten Dorfische in der Markthalle zu kaufen. Warum kamen diese lieblichen Fische erst so kurz vor Mittag zum Verkauf? Läßt sich mit etwas mehr gutem Willen nicht ein früherer Verkauf ermöglichen? Da stehen die Frauen von 8 Uhr morgens und harren der Fische, die da kommen sollen, und alle Fragen werden mit Aufsehnend erwidert.

Geräucherter Fische kommen einmal sehr selten und wenn wirklich welche zur Vertheilung gelangen, dann sind es so geringe Mengen, daß die Kleinhandler jeder eine Röhre Spalten und vielleicht zwei Röhren geräucherter Fische zum Weiterverkauf erhalten. Die eine Röhre Spalten darf auch nicht geteilt abzugeben werden, sondern muß im ganzen verkauft werden!

Kriegsverletzte und Straßenbahn. Vor einiger Zeit war eine Bitte des Landesauschusses für Kriegsverletzte, bei den jetzigen Verkehrsverhältnissen der Straßenbahn die Kriegsverletzten erst zu berücksichtigen, erschienen. Durch Beinaufhebung bin ich zur Straßenbahnfahrt gezwungen und ich es mir leider unmöglich, infolge der eingetretenen Verkehrsverhältnisse bei der Straßenbahn den Weg von meiner Wohnung zu nach dem Geschäft ohne große Anstrengung zu machen.

Berantwortlich: Redakteur: Johannes Stelling. Berleger: H. Schwarz. Druck: Friedrich Meyer & Co. Gedruckt in Kottbus.